

Atomkraftwerke: Laufzeitverlängerung richtet sich gegen freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland

Atomenergie ist ein ökonomisches Fiasko

Berlin / Mainz / Hamburg - (Freitag, 3. September 2010) - Der BUNDESVERBAND CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN ATOMKRAFT (CDAK), CDU/CSU-Mitglieder für die Überwindung der Kernenergie erteilt allen Plänen die Laufzeit von Atomkraftwerken zu verlängern, eine klare Absage.

Die Atomkraftgegner in der Union verurteilen diese Absicht, weil sie die Opfer der Atomindustrie und die sauber arbeitende Konkurrenz rechtlos stellt, wirtschaftlich schädigt und sich so gegen die freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richtet. Entsprechende Initiativen von Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) seien blanker Lobbyismus für eine schmutzige Einzelbranche, der als Amtsmißbrauch gelte.

Atomenergie ist ein ökonomisches Fiasko

Belege:

A. Der französische Staatskonzern EdF, dem alle französischen Atomkraftwerke gehören, ist extrem verschuldet. Eigenmitteln von lediglich 12 Milliarden Euro stehen Schulden von rd. 45 Milliarden Euro gegenüber.

B. Nach der Privatisierung der britischen Energiewirtschaft wurde die Betreiberfirma der britischen AKW "British Energy" zahlungsunfähig und konnte nur durch staatliche Gelder am Leben gehalten werden.

Betriebswirtschaftlich rechneten sich Atomkraftwerke ohnehin nicht, außer wenn sie mit aller Gewalt und öffentlichen Geldern künstlich am Leben gehalten werden. In Deutschland wurden ca. 20 Mrd. Euro an staatlichen Subventionen für die Entwicklung und den Bau der Atomanlagen ausgegeben.

Weitere versteckte Subventionierung sind bis heute:

1. Betreiber von Atomkraftwerken haben gegenüber Gewerbetreibenden, Dienstleistern und Privatpersonen in Deutschland das Privileg, daß sie keine risikogerechte Haftpflichtversicherung abschließen müssen.
 2. Die deutschen Atomkonzerne weisen steuerfreie Rückstellungen für die Entsorgung in Höhe von über 35 Milliarden Euro in ihren Bilanzen aus.
 3. Im Gegensatz zu Mineralöl und Erdgas wird der Einsatz von Uran in der Stromerzeugung nicht besteuert.
- Menschen, denen die Zukunft Deutschlands am Herzen liegt, sollten sich vehement gegen alle Versuche von nuklearen Geisterfahrern wehren, unser Vaterland an die Wand fahren.

Pressebericht:

<http://www.fair-news.de/news-133093.html>